



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

26/2015 26.06.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Leistungsbericht 2014

Mit dem Leistungsbericht 2014 geben das Institut für Multimediales Öffentliches Recht und das Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Einblick ihre Aktivitäten in Forschung und Lehre.

Neben den Forschungsschwerpunkten war die Arbeit an den Instituten vor allem von der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2014 geprägt, welche umfassende Änderungen im Verfassungsrecht, Verfahrensrecht und den Materiengesetzen mit sich brachte. Zahlreiche Publikationen und Fachvorträge unter Beteiligung der Institutsmitglieder folgten daraus.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI II 156/2015

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend die Grunderwerbsteuer-Selbstberechnungserklärung und die Übermittlung von Daten an die Justiz (**Grunderwerbsteuer-Selbstberechnungsverordnung** – GrEst SBV)

BGBI II 157/2015

Verordnung des Bundesministers für Justiz, mit der die **Grundbuchsgebührenverordnung** geändert wird

BGBI II 164/2015

Verordnung des Bundesministers für Justiz, mit der die Verordnung über die Dienstausschreibung im Justizressort, die Dienstrechtsverfahrens- und Personalstellenverordnung-Justiz, die Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz, die Verordnung über die Grundausbildung für die Bediensteten der Entlohnungsgruppe v1 im Planstellenbereich Justizanstalten, die Verordnung über die Grundausbildung für die Bediensteten der Entlohnungsgruppen v4 und v3 im Planstellenbereich Justizanstalten, die Grundausbildungsverordnung E1-BMJ, die Grundausbildungsverordnung E 2a-BMJ, die Richteramtswarter/innen-Ausbildungsverordnung und die Sprengelverordnung für den Strafvollzug geändert werden

BGBI II 165/2015

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Druckgeräteüberwachungsverordnung** – DGÜW V und die **Ortsbewegliche Druckgeräte Verordnung 2011** – ODGV 2011 geändert werden

[BGBl II 166/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 2015 über **belastete Gebiete (Luft)** zum UVP-G 2000

[BGBl II 169/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Seeschifffahrts-Verordnung** geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 160 v 25.06.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die gemeinsame Regelung der **Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern**, die nicht unter bilaterale Abkommen, Protokolle, andere Vereinbarungen oder eine spezifische Einfuhrregelung der Union fallen

[ABI L 160 v 25.06.2015, 55](#)

Verordnung (EU) 2015/937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 zur **Aufhebung** der Verordnung (EWG) Nr 3030/93 des Rates über die gemeinsame **Einfuhrregelung für bestimmte Textilwaren** mit Ursprung in Drittländern

[ABI L 160 v 25.06.2015, 57](#)

Verordnung (EU) 2015/938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die im **Abkommen** zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich **Norwegen** vorgesehenen **Schutzmaßnahmen**

[ABI L 160 v 25.06.2015, 62](#)

Verordnung (EU) 2015/939 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über bestimmte Verfahren für die **Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens** zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik **Albanien** andererseits

[ABI L 160 v 25.06.2015, 69](#)

Verordnung (EU) 2015/940 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die **Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens** zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Bosnien und Herzegowina** andererseits und für die **Anwendung des Interimsabkommens über Handel und Handelsfragen** zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits

[ABI L 160 v 25.06.2015, 76](#)

Verordnung (EU) 2015/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die **Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens** zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik **Mazedonien** andererseits

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

12.06.2015, [G 15/2015](#)

FortpflanzungsmedizinG; Zurückweisung eines Individualantrags auf Aufhebung einer Bestimmung im FortpflanzungsmedizinG betreffend die Unzulässigkeit der **Präimplantationsdiagnostik** bei befruchteten Eizellen infolge Außerkrafttretens der Norm

B. Verwaltungsgerichtshof

19.05.2015, [2012/05/0097](#)

NÖ BauO; Antrag auf Bewilligung zur Errichtung einer Garage; die Verletzung von Nachbarrechten ist ggst nur möglich, wenn durch eine Verletzung der Regelungen betreffend die Bebauungsweise, die Bebauungshöhe, den Bauwuch und die Abstände zwischen den Bauwerken oder deren zulässige Höhe der Lichteinfall für Hauptfenster der Gebäude der Nachbarn beeinträchtigt wäre; eine solche **Beeinträchtigung des Lichteinfalls** liegt nicht vor

19.05.2015, [2013/05/0144](#)

BauO für Wien; Antrag auf Baubewilligung für die Änderungen der Fronten einschließlich der Dachflächen eines Hauses; der Ansicht, dass das ggst Ortsbild von einer erheblichen Uneinheitlichkeit geprägt und keineswegs als „**schützenswertes Ortsbild**“ zu bezeichnen sei, weil es keine gemeinsame Charakteristik gebe, kann nicht gefolgt werden; auch ein durch störende Eingriffe bereits beeinträchtigtes Ortsbild kann schützenswert sein, wenn es noch vorhanden ist

19.05.2015, [2013/05/0190](#)

Tir ElektrizitätsG; Ansuchen um die Erteilung einer elektrizitätsrechtlichen Bewilligung für die **Errichtung einer Photovoltaikanlage**; die Beeinträchtigung des Ortsbilds und die mangelnde Energieeffizienz sind keine Nachbarrechte iSd Tir ElektrizitätsG; hinsichtlich der eingewendeten Immission von Lichtreflexionen ist der Bf dem amtsachverständlichen Gutachten nicht auf gleicher fachlicher Ebene entgegengetreten

20.05.2015, [Ro 2014/04/0015](#)

MineralrohstoffG; **Auflagen gem § 116 Abs 1 MineralrohstoffG**, die für die Genehmigungsfähigkeit eines Gewinnungsbetriebsplans maßgeblich sind, müssen bestimmt und geeignet sein; sie müssen dem Verpflichteten jederzeit die Grenzen seines Verhaltens und damit die Einhaltung der Auflagen zweifelsfrei erkennen lassen und es muss die jederzeitige aktuelle Überprüfung der Einhaltung der Auflagen möglich sein

20.05.2015, [Ro 2014/10/0095](#)

AuskunftspflichtG; gem § 1 Abs 2 zweiter Satz AuskunftspflichtG sind **Auskünfte** nicht zu erteilen, wenn sie **offenbar mutwillig** verlangt werden; der Umstand, dass der Revisionswerber die begehrte Auskunft nicht für das vor dem VwGH geführte Verfahren benötigte und er somit **kein rechtliches Interesse an der Auskunftserteilung** hatte, berechtigt nicht zur Verweigerung der Auskunft

21.05.2015, [2013/06/0176](#)

Ktn BauO; Erteilung einer Baubewilligung für die Errichtung eines Doppelwohnhauses; setzt die Genehmigung jedes Doppelwohnhauses die Errichtung gemeinsamer Anlagen voraus, sind **Doppelwohnhäuser** nicht jeweils für sich zu beurteilen, sondern als Teil des Gesamtprojekts; das Gesamtprojekt erfüllt aber nicht die **Kriterien für ein vereinfachtes Verfahren**, sodass Anrainern im Verfahren zur Genehmigung des Gesamtprojekts Parteistellung zukommt

21.05.2015, [Ra 2014/06/0024](#)

Tir GemeindeO; bei einer **Beschlussunfähigkeit des Gemeindevorstands** auf Grund der Befangenheit von zwei der vier Mitglieder gem § 48 Abs 6 Tir GemeindeO geht die Zuständigkeit zur Beschlussfassung ex lege auf den Gemeinderat über; aufgrund des **ex lege-Übergangs der Zuständigkeit** muss weder der Gemeindevorstand noch der Gemeinderat die Beschlussunfähigkeit in einem gesonderten Beschluss feststellen

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Tir 12.04.2015, [LVwG-2014/22/1589-15](#)

GewO; Tir JugenschutzG; ein **Ausschenken von Alkohol an Jugendliche** iSd § 114 GewO liegt auch dann vor, wenn der Alkohol nicht direkt vom Gewerbetreibenden bzw seinen Angestellten, sondern über einen „**Mittelsmann**“ an die Jugendlichen übergeben wird; die Frage der verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortlichkeit muss über die Prüfung der subjektiven Tatseite, insb das Vorliegen eines ausreichenden Schulungs- und Kontrollsystems, gelöst werden

LVwG Wien 21.05.2015, [VGW-122/V/008/3799/2015](#)

GewO; VwGVG; § 78 Abs 1 erster Satz GewO normiert eine Abweichung von den verfahrensrechtlichen Bestimmungen des § 13 Abs 1 VwGVG, sodass einer **Beschwerde gegen einen Betriebsanlagengenehmigungsbescheid keine aufschiebende Wirkung** zukommt; im Hinblick darauf, dass der Gesetzgeber immer dann, wenn er es für nötig hält, einen Antrag des Rechtsmittelwerbers auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung ausdrücklich vorsieht, in § 78 Abs 1 GewO eine solche Antragstellung jedoch nicht normiert ist, geht das VwG Wien davon aus, dass **keine Antragslegitimierung der bf Partei** bestehen soll

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[24.06.2015, verb Rs C-549/12 P und C-54/13 P, Deutschland / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Europäischer Fonds für regionale Entwicklung** (EFRE) – Kürzung der finanziellen Beteiligung – Berechnungsmethode der Extrapolation – Verfahren zum Erlass der **Entscheidung durch die Europäische Kommission** – Nichteinhaltung der **Frist** – Folgen

[24.06.2015, Rs C-263/13 P, Spanien / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Europäischer Fonds für regionale Entwicklung** (EFRE) – Kürzung der finanziellen Beteiligung – Berechnungsmethode der Extrapolation – Verfahren zum Erlass der **Entscheidung durch die Europäische Kommission** – Nichteinhaltung der **Frist** – Folgen

[24.06.2015, verb Rs C-293/13 P und C-294/13 P, Fresh Del Monte Produce / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Europäischer Markt für Bananen – Abstimmung der **Festsetzung der Listenpreise** – Begriff ‚**wirtschaftliche Einheit**‘ zwischen zwei Gesellschaften – Begriff ‚**bestimmender Einfluss**‘ – Zurechenbarkeit des Verhaltens einer Gesellschaft an die andere – **Verfälschung von Beweisen** – Beweislast – Grundsatz in dubio pro reo – Begriff ‚**einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung**‘ – Begriff ‚**abgestimmte Verhaltensweise**‘ – Begriff ‚**bezweckte Zuwiderhandlung**‘ – An einem Kartell beteiligte Unternehmen – Mitteilung von Informationen an die Kommission – Gesetzliche Pflicht – Umfang – **Recht, sich nicht selbst zu belasten** – Streithelferin im ersten Rechtszug – Anschlussrechtsmittel – Zulässigkeit

[24.06.2015, Rs C-373/13, T](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Grenzen, Asyl und Einwanderung** – Richtlinie 2004/83/EG – Art 24 Abs 1 – Mindestnormen für die **Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft** oder des subsidiären Schutzstatus – Aufhebung des Aufenthaltstitels – Voraussetzungen – **Begriff ‚zwingende Gründe der öffent-**

lichen Sicherheit oder Ordnung‘ – Beteiligung einer Person, die den Status eines Flüchtlings hat, an Aktivitäten einer Organisation, die auf der von der Europäischen Union erstellten Liste **terroristischer Organisationen** aufgeführt ist

[24.06.2015, Rs C-207/14, Hotel Sava Rogaška](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtsangleichung** – **Natürliche Mineralwässer** – Richtlinie 2009/54/EG – Art 8 Abs 2 – Anhang I – Verbot, ein ‚natürliches Mineralwasser, das aus ein und derselben Quelle stammt‘, unter mehreren gewerblichen Kennzeichen in den Handel zu bringen – Begriff

[25.06.2015, Rs C-664/13, Nīmanis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – **Führerschein** – Erneuerung durch den **Ausstellermitgliedstaat** – Voraussetzung eines Wohnsitzes in diesem Mitgliedstaat – **Erklärung des Wohnsitzes**

[25.06.2015, Rs C-18/14, CO Sociedad de Gestión y Participación ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Direktversicherung** (mit Ausnahme der Lebensversicherung) – Richtlinie 92/49/EWG – Art 15, 15a und 15b – Aufsichtsrechtliche **Beurteilung des Erwerbs** und der Erhöhung qualifizierter Beteiligungen – Möglichkeit, die Genehmigung eines beabsichtigten Erwerbs mit einer **Einschränkung oder Auflage** zu verbinden

[25.06.2015, Rs C-147/14, Loufi Management Propriété intellectuelle](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinschaftsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 Abs 1 Buchst b – Wirkungen – Recht aus der Gemeinschaftsmarke – **Identische oder ähnliche Zeichen** – Verbot der Benutzung – **Verwechslungsgefahr** – Beurteilung – Berücksichtigung einer **anderen Sprache als einer Amtssprache** der Europäischen Union

[25.06.2015, Rs C-187/14, DSV Road](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollkodex** der Gemeinschaften – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 203 und 204 – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 859 – **Externes Versandverfahren** – **Entstehung der Zollschuld** – Entziehung aus der zollamtlichen Überwachung – **Nichterfüllung einer Verpflichtung** – Verspätete Gestellung der Waren bei der Bestimmungsstelle – **Waren, deren Annahme der Empfänger verweigert hat** und die ohne Gestellung bei der Zollstelle zurückgesandt wurden – Waren, die mittels einer neuen Erklärung erneut in das externe Versandverfahren überführt wurden – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 Buchst e – Abzug der Einfuhrumsatzsteuer durch den Beförderer

[25.06.2015, Rs C-242/14, Saatgut-Treuhandverwaltung](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinschaftlicher **Sortenschutz** – Verordnung (EG) Nr 2100/94 – In Art 14 vorgesehene Ausnahme – **Verwendung des Ernteguts zu Vermehrungszwecken** durch Landwirte ohne Zustimmung des Sortenschutzinhabers – Pflicht der Landwirte, für diese Verwendung eine **angemessene Entschädigung** zu zahlen – Frist, innerhalb deren diese Entschädigung zu zahlen ist, um in den Genuss der Ausnahme kommen zu können – Möglichkeit des Sortenschutzinhabers, auf Art 94 zurückzugreifen – Verletzung

B. Schlussanträge

[25.06.2015, Rs C-32/14, ERSTE Bank Hungary \(GA Cruz Villalón\)](#)

Verbraucherschutz – **Missbräuchliche Klauseln in Verträgen** zwischen Gewerbetreibenden und Verbrauchern – Richtlinie 93/13/EWG – Art 6 und 7 – Prüfung der missbräuchlichen Vertragsklauseln – Angemessene und wirksame Mittel, um der Verwendung **missbräuchlicher Klauseln ein Ende zu setzen** – Zwangsvollstreckung notariell beurkundeter Verträge – Erteilung der Vollstreckungsklausel durch einen Notar – **Verpflichtungen des Notars** – Prüfung der missbräuchlichen Klauseln von Amts wegen – Gerichtliche Kontrolle – **Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität**

[25.06.2015, verb Rs C-132/14 bis C-136/14, Parlament / Rat und Kommission / Rat \(GA Wahl\)](#)

Nichtigkeitsklagen – Verordnung (EU) Nr 1385/2013 – Richtlinie 2013/62/EU – Richtlinie 2013/64/EU – Rechtsgrundlage – Art 349 AEUV – Anwendungsbereich – **Gebiet in äußerster Randlage** – **Änderung des Status von Mayotte**

[25.06.2015, Rs C-174/14, Sudaçor \(GA Jääskinen\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 13 Abs 1 – Befreiung von der Steuerpflicht – Begriff ‚**sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts**‘ – **Autonome Region Azoren** – Von der Region in der Form einer Aktiengesellschaft gegründete Einrichtung, an der sie das gesamte Kapital hält und die damit beauftragt ist, im Bereich der **Verwaltung des Gesundheitsdienstes** der Region an die Region **Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse** zu erbringen – Bestimmung der Modalitäten dieser Dienstleistungen, einschließlich ihrer Vergütung, in zwischen der Einrichtung und der Region geschlossenen Programm-Verträgen

[25.06.2015, Rs C-230/14, Weltimmo \(GA Cruz Villalón\)](#)

Schutz personenbezogener Daten – Richtlinie 95/46/EG – Art 4 Abs 1 und Art 28 Abs 1, 3 und 6 – In einem anderen Mitgliedstaat niedergelassener **für die Datenverwaltung Verantwortlicher** – Bestimmung des anzuwendenden Rechts und der zuständigen Kontrollstelle – **Befugnisse der Kontrollstelle** – Sanktionsbefugnis – Begriff der **Datenverarbeitung**

[25.06.2015, Rs C-404/14, Matoušková \(GA Kokott\)](#)

Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Zuständigkeit der Gerichte sowie **Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen** und in Verfahren betreffend die **elterliche Verantwortung** – Sachlicher Anwendungsbereich – Vereinbarung zur **Erbaueinandersetzung** zwischen dem Ehegatten der Erblasserin und ihren von einem Verfahrenspfleger vertretenen Kindern – **Richterlicher Genehmigungsvorbehalt**

C. Gericht

[24.06.2015, Rs T-847/14, GHC / Kommission](#)

Umwelt – **Schutz der Ozonschicht** – Fluorierte **Treibhausgase** – Verordnung (EU) Nr 517/2014 – Inverkehrbringen von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen – **Bestimmung eines Referenzwerts** – Quotenzuweisung – Begründungspflicht – Berechnungsmethode

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Jakob Dietrich

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.